

Geschichte des burgenländischen Schulwesens

1921- ein Schulsystem zwischen zwei Staaten

Das Burgenland wurde im Bildungsbereich zunächst von den Ungarn als westliche Peripherie "Deutschwestungarn" vernachlässigt, um nach 1921 in der Ersten Republik als östliche Peripherie von Österreich vernachlässigt zu werden.

Das Landschulheim von Theodor Lietz in Isenburg bestand bereits dreiundzwanzig Jahre, Ellen Key hatte vor einundzwanzig Jahren das "Jahrhundert des Kindes" proklamiert und Maria Montessori hatte ihre wichtigsten Bücher bereits veröffentlicht, als der neugegründete Staat Österreich der Ersten Republik das Burgenland als neues Bundesland empfing - mit einem Bildungssystem, das zur damaligen Zeit zu einem der rückständigsten Mitteleuropas gehörte.

War bereits die Abtretung des bis dahin ungarischen Burgenlandes an Österreich im Jahre 1921 mit Schwierigkeiten verbunden, so betrafen diese Schwierigkeiten in besonderem Maße das Bildungssystem und die bestehenden Bildungseinrichtungen: Probleme, die durch die multiethnische Struktur der Bevölkerung, die damit verbundene Sprachenvielfalt und das vielfältige konfessionelle Schulwesen begründet waren. Zudem bestimmte ein vom ungarischen Kultusminister Apponyi 1907 verfügbares Schulgesetz, dass alle Schüler/innen das Ungarische als Unterrichtssprache in Wort und Schrift erlernen mussten (vgl. Lang 1991b, S. 219 f.). So erzählen z. B. ältere Dorfbewohner aus Wulkaprodersdorf, dass Unterricht täglich mit dem Absingen der ungarischen Hymne "Isten aldd meg a magyart" ("Gott segne den Ungar") begann. Das zeigte bald katastrophale Auswirkungen: Auf der einen Seite führte das Erlernen der schwierigen ungarischen Sprache dazu, dass für die anderen Gegenstände nicht mehr genug Zeit zur Verfügung stand, auf der anderen Seite hatte eine breite Bevölkerungsschicht dadurch Schwierigkeiten, auch nur eine einzige Sprache korrekt zu beherrschen.

Eine Problematik, die gerade in einem vielsprachigen Land von großer Bedeutung war: „In der Schule und überall ist nur Kroatisch gesprochen worden. Der Lehrer selbst hat eine ungarische Ausbildung gehabt. Wie ich dann später meine Schulhefte angeschaut hab, waren lauter Fehler, weil der Lehrer selbst nicht Deutsch hat können" (Zeitzeugenbereich aus Deinhofer/Horvath, 1991, S. 100).

Eine weitere Besonderheit bestand im Burgenland durch die Existenz eines konfessionellen Schulwesens, das sich dadurch weitgehend der staatlichen Schulaufsicht entzog: „Von den im Jahre 1921 im Burgenland bestehenden 365 Volksschulen wurden nur 47 vom Staat und 14 von den Gemeinden erhalten und geführt, alle anderen trugen konfessionellen Charakter (231 römisch-katholische, 66 evangelische A.B. und H.B. sowie 7 israelitische Volksschulen)" (Engelbrecht, 1988, S. 127). Finanzielle Engpässe, eine vehemente Stellungnahme der Religionsgemeinschaften gegen das von Otto Glöckel in Wien initiierte Schulwesen und die Stellung des Burgenlandes als "selbständiges und gleichberechtigtes Land im Bund" (§ 6 des Bundesverfassungsgesetzes vom 25. Jänner 1921) führten dazu, dass das konfessionelle Schulwesen im Primarbereich erhalten blieb (Engelbrecht, 1988, S. 127). Das bedeutete, dass es in vielen Orten zwei oder gar drei Schulhäuser gab (vgl. Zimmermann, 1971, S.7), in denen Klassen bis zu 120 Schülern in einem "niederorganisierten" Schulsystem unterrichtet wurden und die eine sehr schlechte schulische Infrastruktur hatten: Die

Schulgebäude befanden sich in einem oft desolaten Zustand, sie "waren zumeist ebenerdige Gebäude, nicht unterkellert, daher mit feuchten Wänden. In den Klassenzimmern wurden kleine Einzelöfen verwendet, in die händisch Heizmaterial nachgelegt werden musste. Die Toilettenanlagen waren auf dem Gang oder im Hof. Der Geruch im Schulhaus war wenig erfreulich, man sprach von einem typischen Geruch" (Jandl, 1996, S. 21).

Ähnlich waren die Probleme im Bereich der Bürgerschulen, von denen sich im Burgenland 1921 nur sieben vierklassige Schulen (in Eisenstadt, Rust, Mattersburg, Pinkafeld und Stegersbach und zwei konfessionelle Bürgerschulen in Steinberg und Rechnitz) befanden. In dem von Ungarn übernommenen Schulsystem betrug die allgemeine Schulpflicht sechs Jahre, ergänzt durch eine anschließende dreijährige Wiederholungs- oder Sonntagsschule, die jedoch nur sehr mangelhaft besucht wurde, während in Österreich aufgrund des Reichsvolksschulgesetzes von 1869 eine Unterrichtspflicht von acht Jahren bestand und die Einrichtung der interkonfessionellen Volks- und Bürgerschule gefordert war (vgl. Lang, 1991 b, S 221). Daher wurde ab dem Schuljahr 1923/24 an den burgenländischen Volksschulen eine siebente, ab 1924/25 eine achte Schulstufe geführt. Organisatorisch war damit eine gewisse Angleichung an die österreichische Volksschule gegeben. Nicht ganz so einfach konnte die Übernahme des österreichischen Volksschullehrplanes vollzogen werden, der bereits 1920 versuchsweise, die bildungspolitischen und pädagogischen Zielsetzungen der Schulreformbewegung umsetzend, außerhalb des Burgenlandes eingeführt worden war. "Nicht nur der Widerstand der burgenländischen Lehrer gegen die neuen Anforderungen im Unterricht war daran schuld, auch politische Überlegungen waren im Spiel; deshalb wurde ein eigener Übergangsschulplan für die burgenländischen Volksschulen geschaffen. Dieser berücksichtigte die Vorbildung der Lehrerschaft und das auf Grund des ungarischen Lehrplans erworbene Wissen der Schüler, doch war er auch um eine Annäherung an die Bildungsziele der österreichischen Volksschule bemüht.

Der neue Lehrplan schlug eine tragfähige Brücke zu dem vom Unterrichtsministerium abgeänderten Volksschullehrplan von 1924, welcher wieder die Eigenart der Landschule stärker beachtete" (Engelbrecht, 1988, 129). Zum Verlust der natürlichen Hauptstadt Sopron kamen die Probleme der Abtrennung von den großen Städten wie Bratislava und Győr mit den bestehenden notwendigen Infrastrukturen für eine höhere Bildung. Das führte dazu, dass das ganze neue Bundesland nur eine einzige Höhere Lehranstalt, nämlich das evangelische Gymnasium und die evangelische Lehrerbildungsanstalt in Oberschützen, aufweisen konnte. Diese wurde von Gottlieb August Wimmer, einem evangelischen Pfarrer, dem die Volkserziehung sehr am Herzen lag und der bereits mehrere geographische Schriften veröffentlicht hatte, 1845 als ein "Armenschullehrer Seminar" gegründet, das die Ausbildung der für das bestehende konfessionelle Schulsystem notwendigen Lehrer zum Ziele hatte (vgl. Stangl, 1995, S 16ff). Der Anschluss an Österreich führte jedoch insofern zu einer finanziellen Bedrohung dieser Anstalt, da Unterstützungen durch Ungarn wegfielen, sodass ein großer Teil des Lehrkörpers 1921 Oberschützen verließ und in Ungarn weiterwirkte. Im Zuge der Anpassung an die österreichische Lehrerbildung führte dies zu einer Verlängerung dieser Lehrerbildungsanstalt auf fünf Jahre. (vgl. Wolf, 1995, S 40). Statt der Unterrichtsberechtigung für ungarische Volksschulen erhielten die Abgänger nun ein Reifezeugnis und mussten nach einer zweijährigen Probezeit eine Lehrbefähigungsprüfung ablegen. Da die evangelischen Schulen in Oberschützen - sowohl das Gymnasium als auch die Lehrerbildungsanstalt- die einzigen matura-führenden Schulen des Landes waren, folgten Schulgründungen in diesem Bereich:

Am 14.5.1922 wurde auf Beschluss des Ministerrates die Errichtung einer Bundesmittelschule in Eisenstadt beschlossen: "Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 14.4.1922 auf Antrag des Herrn Vizekanzlers beschlossen, in Eisenstadt eine achtklassige Mittelschule zu errichten und hat für die Unterbringung der Anstalt mit Internat die Hälfte des Gebäudes der ehemaligen Militär-Oberrealschule bestimmt"(Zimmermann, 1971, S 40). Da eine Mittelschule den Bedürfnissen des neuen Bundeslandes nicht gerecht wurde, erfolgte 1924 die Umwandlung der Mattersburger vierklassigen Staatsbürgerschule in eine "Deutsche Mittelschule", die 1927 in ein "Burgenländisches Unterrealgymnasium" umgewandelt wurde. Ebenfalls im Jahre 1924 wurde in Steinberg eine Lehrerinnenbildungsanstalt eröffnet (vgl. Schneller, 1998, S 44 ff.), 1932 wurde eine Vorbereitungsklasse einer katholischen Lehrerbildungsanstalt in Eisenstadt gegründet, die 1934 nach Mattersburg übersiedelte und in "Römisch-katholische Lehrerbildungsanstalt in Mattersburg, Burgenland" umbenannt wurde (vgl. Bencics/Skarics, 1960, o.S.).

Trotz dieser positiven Entwicklung fehlte jedoch dem Burgenland noch immer eine eigene Identität. So wurde auf der 11. ordentlichen Hauptversammlung des burgenländischen allgemeinen Lehrerbundes am 3. Juli 1931 in Oberwart noch vom Obmannstellvertreter Oberlehrer Schwarz festgestellt: "Bevor wir (= der burgenländische allgemeine Lehrerbund -d. V.) uns den österreichischen Organisationen angliedern, müssen wir zuerst überhaupt Österreicher sein. Wir sind es bis jetzt noch nicht." (Protokollbuch des burgenländischen allgemeinen Lehrerbundes von 1930-1932, o. S.)

Die tiefgreifenden Reformen während des Austrofaschismus - bedingt durch die Auflösung der Parteien infolge des Juliputsches- erfassten auch das Schulwesen. „Die Lehrer wurden angewiesen, der vaterländischen und sittlich-religiösen Erziehung volles Augenmerk zu schenken und alles, was diesen erzieherischen Grundsätzen widersprach, auszumerzen" (Zimmermann, 1971, S. 12). Mit dem Konkordat von 1937 wurde das "Burgenländische Landesschulgesetz 1937" verabschiedet, in dem die konfessionelle Schule erstmals in Österreich als öffentliche Schule anerkannt wurde. Die bereits 1935 geplante Einsetzung eines burgenländischen Landesschulrates und von Bezirksschulräten konnte aufgrund der Machtergreifung Hitlers nicht mehr realisiert werden (vgl. Zimmermann, 1971, S 13).

Rassenwahn und pädagogischer Nullpunkt

(1938-1945)

„Die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit des völkischen Staates muß ihre Krönung darin finden, daß sie den Rassesinn und das Rassegefühl instinkt- und verstandesmäßig in Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend hineinbrennt...“ Adolf Hitler

War bisher das Burgenland durch Toleranz und Verständnis ausgezeichnet, so ließ der sich abzeichnende nationale Wahn auch im Burgenland seine ersten Vorzeichen erkennen: Den römisch-katholischen Lehrerbildungsanstalten in Mattersburg und in Steinberg sowie der evangelischen Lehrerbildungsanstalt in Oberschützen wurde verboten, im Herbst 1938 einen neuen Jahrgang zu eröffnen (vgl. Schneller, 1998, S 56; Wolf, 1995, S 42.) Die Anstalten wurden verstaatlicht und der Ideologie der Nationalsozialisten angeglichen. Die im Dienst stehenden Direktoren wurden entlassen, das Bildungswesen des Burgenlandes litt unter den Nationalsozialisten: Von März bis April 1938 wurden acht Lehrer verhaftet, im März 1938 51 Lehrer/innen ihres Dienstes enthoben. Der Religionsunterricht war verschiedenen Einschränkungen unterworfen und wurde später gänzlich

aufgehoben (vgl. Nicki, 1991, S. 111). 1938 fand auch das - vorwiegend konfessionell dominierte - Schulwesen durch eine Verordnung des nationalsozialistischen Landeshauptmannes Portschy ein jähes Ende. Die konfessionellen Schulen wurden zu staatlichen zusammengefasst, die sprachlichen Minderheiten assimiliert. Der Schulunterricht stand im Zeichen der nationalsozialistischen Ideologie, des Antisemitismus und des Rassismus. "Die Lehrpläne für Volks-, Haupt- und Oberschulen veränderte man nach faschistischen Vorstellungen. Im Vordergrund stand dabei die Erziehung der Jugend in nationalsozialistischem Geist. Schwerpunkte dieses Erziehungsprogramms waren Führertum und Gefolgschaft, Gehorsam, Treue, fraglose Disziplin und Dienstbereitschaft. Leibeserziehung (mit vormilitärischer Ausbildung) rückte an die erste Stelle der Gegenstände. In Biologie und Erdkunde wurde die nationalsozialistische Rassen- und Erblehre eingeführt. Biologistische und antidemokratische Denkmodelle bildeten die Grundlage der Veränderungen im Schulwesen während des Faschismus" (Tesar, 1987, S 555). Im Bereich des Gaues „Niederdonau“ wurde Kroatisch als Unterrichtssprache gegen den Willen der Bevölkerung verboten. So brachte der Protest gegen diese Verordnung den Wagnermeister Rupert Semeliker aus Wulkaprodersdorf für acht Tage in eine Besserungsanstalt. Ein ähnliches Schicksal ereilte die kleine Minderheit der Magyaren (Engelbrecht, 1988, S. 339).

Noch schlechter erging es den Roma und den jüdischen Bewohnern dieses Landes: So wurde den Roma nicht nur der Schulbesuch verboten, es setzte auch eine Verfolgungsjagd ein, die über das Anhaltelager Lackenbach in die Konzentrationslager führte (Lang, 1991 b, S. 230). Die bestehenden jüdischen Gemeinden wurden praktisch dem Erdboden gleichgemacht, am 30. Juni 1942 wurden alle Schulen für Juden reichseinheitlich geschlossen (Engelbrecht, 1988, S. 316).

Der Aufbau

(1945 -1960)

„Ich kann euch keine Gaben für Weihnachten geben. Kein Stück Brot, keine Kohlen zum Heizen, kein Glas zum Einschneiden.- Wir haben nichts. Ich kann Euch nur bitten: Glaubt an dieses Österreich“.
Leopold Figl, 1945

Es verwundert daher auch gar nicht, dass in den ersten Jahren nach 1945 bloß das Notwendigste getan wurde, um Unterricht zu ermöglichen. Der Personal- und Sachaufwand musste für das ganze Schulwesen recht niedrig gehalten werden. Es mangelte an allem; eine katastrophale Ernährungssituation und der weitgehende Zusammenbruch der Energieversorgung, die Inflation und ständige Eingriffe der alliierten Besatzung kennzeichneten eine Lage, die in vielem schlechter als nach 1918 war, aber doch eines der Ersten Republik voraus hatte: Man bejahte dieses Österreich und glaubte voll Optimismus an seine Zukunft (vgl. Engelbrecht, 1988, S.359).

Die Probleme waren die gleichen wie im übrigen Europa: Die meisten Schulgebäude waren zerstört, es fehlte an Schuleinrichtungen, Lehrbüchern und Lehrpersonal. In den wenigen Schulen, die noch benutzt werden konnten, fand daher der Unterricht im Schichtbetrieb statt. Unter widrigsten Bedingungen wurde der Unterricht wieder aufgenommen, wie z. B. der Bericht der Zeitzeugin Maria Paul aus Neutal zeigt:

„Schon sehr bald nach diesem 8. Mai stellte mir ein gleichaltriger Kollege...einen um einige Jahre älteren Herrn vor. Dieser war mit dem Fahrrad aus Wien gekommen. Er sagte, er käme im Auftrag der provisorischen Regierung und habe die Aufgabe, in den burgenländischen Dörfern Lehrer ausfindig zu

machen, die die Kinder zusammenfassen und in der Schule unterrichten...Im Einvernehmen mit dem Bürgermeister, der beim Anschluss im Jahre 1938 entfernt und jetzt wieder eingesetzt war, trommelte der „Kleinrichter nach altem burgenländischen Brauch, daß alle Schulkinder in die Schule kommen müßten. Sie hätten wieder Unterricht...Die Kinder nahmen die Hefte und Schreibutensilien mit, die sie besaßen, sogar Lesebücher waren genügend da. Ich selber verwendete zur Vorbereitung, was ich besaß, und machte mir meinen eigenen Stundenplan und meine eigene Lehrstoffverteilung ... An eine Bezahlung dieser unserer Arbeit dachte von uns niemand" (Paul, 1995, S.356).

Die schwierige Personalsituation dieser Zeit entspannte sich erst, als die ersten Kriegsheimkehrer wieder ihre Arbeit aufnahmen, das Verbotsgesetz gelockert wurde und die ersten Absolventen und Absolventinnen die Lehrerbildungsstätten verließen. Dennoch dauerte der Aufbau noch einige Jahre. Obwohl die Bildungseinrichtungen in der Zweiten Republik staatlich geführt wurden, einigte man sich im Burgenland auf einen Kompromiss: Die Schulen wurden staatlich geführt, die in ihnen unterrichtenden Lehrer kamen jedoch zu einem großen Teil aus konfessionellen Lehrerbildungsanstalten.

Bis zum Jahre 1957 mussten jedoch die Lehrer und Lehrerinnen außerhalb der Landes ausgebildet werden (Bencsics; Skarics, 1980, o. S.). Die vor dem Dritten Reich bestehenden Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten konnten wieder eröffnet werden (vgl. Bencsics; Skarics, 1990, o. S.). Das Gesuch der Apostolischen Administratur Burgenland um die Wiederbelebung der Katholischen Lehrerbildungsanstalt wurde am 6. Mai 1957 beim Bundesministerium für Unterricht eingereicht. Die Bewilligung zur Wiedereinrichtung wurde am 23. Mai 1957 erteilt (Bencsics; Skarics, 1980, o.S.). Die Anstalt wurde zunächst provisorisch im Fürst Esterházy'schen Gebäude in Eisenstadt, Kalvarienbergplatz 11, untergebracht, bevor die Grundsteinlegung zum Gebäude der Katholischen Lehrerbildungsanstalt im Wolfgarten (heute Gymnasium der Diözese Eisenstadt) erfolgte (vgl. Bencsics; Skarics, 1990, o.S.).

Auch die evangelische Lehrerbildungsanstalt begann unter schwierigsten Bedingungen am 4. September 1958 wieder mit dem Unterricht. (vgl. Fülöp, 1995, S 49 ff.).

Das Schulgesetzwerk

(1962-1970)

"Wir leben technisch, der Mensch als Beherrscher der Natur, der Mensch als Ingenieur, und wer dagegen redet, der soll auch keine Brücke benutzen, die nicht die Natur gebaut hat". Max Frisch

Der Glaube an eine Investition in die Bildung und der Sputnikschock (es war den Russen zuerst gelungen, einen Satelliten in den Weltraum zu schicken) förderten die Anstrengungen im Bildungsbereich der westlichen Welt. Aus diesem Denken heraus entstand auch das Schulgesetzwerk von 1962, ein Komplex von Gesetzen, die unter Bundesminister Heinrich Drimmel entstanden und die bis heute das österreichische Bildungswesen regeln. Es besteht aus einer Novelle zur Bundesverfassung vom 18.7. 1962 sowie aus dem am 25.7. 1962 beschlossenen Bundes-Schulaufsichtsgesetz, dem Schulorganisationsgesetz, dem Schulpflichtgesetz, dem Privatschulgesetz und einer Novellierung des Religionsunterrichtsgesetzes aus dem Jahre 1949. Dieses Gesetzeswerk hatte auch Auswirkungen auf das Burgenland, da im Jahre 1960 nur 98 Schüler an den drei höheren Schulen die Matura ablegten. „An den Universitäten Österreichs studierten 499 Studenten aus dem Burgenland, darunter 86 Frauen. Als durch die Schulgesetzgebung 1962 der Polytechnische Lehrgang

als neuntes Schuljahr verpflichtend eingeführt wurde, hatte das Burgenland perzentuell die meisten Schüler im Polytechnischen Lehrgang, weil für sie kaum wie in anderen Bundesländern Ausweichmöglichkeiten in weiterführende Schulen bestanden. 1965 bewies eine im Rahmen eines OECD- Projektes erfolgte Untersuchung über die Begabungsreserven im Burgenland, daß über 20% der Schüler nicht in Schulen waren, die ihrer Begabung entsprachen. Dieses Ergebnis wurde als Mahnung gewertet. Von ihr gingen Impulse aus" (Jandl, 1996, S. 7) So wurde das musisch-pädagogische Bundesrealgymnasium in Güssing erst im Jahre 1963 gegründet, obwohl der Raum Güssing bis dahin über keine höhere Schule verfügte. Die nächsten höheren Schulen befanden sich in Oberschützen (BRG 45km) und Fürstenfeld (BRG 30km). Ebenfalls in diesen Zeitraum fällt die Gründung des Gymnasiums in Neusiedl/See (1965) sowie des Bundesaufbaurealgymnasiums in Jennersdorf(1962).

In der Lehrerbildung trat das Gesetzeswerk ebenfalls 1962 in Kraft: Das Burgenland erhielt eine eigene Pädagogische Akademie: „Da sich in der Folgezeit erwies, daß die Errichtung mehrerer Pädagogischer Akademien im Burgenland nicht zweckmäßig wäre, sind die Republik Österreich vertreten durch das Bundesministerium für Unterricht und die Diözese Eisenstadt nach Verhandlungen mit allen interessierten Stellen unbeschadet ihrer gesetzlichen Rechte übereingekommen, im Burgenland eine gemeinsame Pädagogische Akademie zu errichten, wofür die Diözese Eisenstadt ein zweckentsprechendes Gebäude zur Verfügung stellen wird“ (Aus der Stiftungsurkunde im Grundstein, Chronik der Stiftung PA Burgenland).

Zur Deckung der Baukosten wurden nicht nur die Mittel aus dem ordentlichen Diözesanbudget herangezogen, sondern auch jene Beträge, die der Bund im Rahmen des Konkordates mit dem Hl. Stuhl als Ablöse für die frühere konfessionelle Schule zum Aufbau des katholischen Schulwesens im Burgenland zur Verfügung stellte.

So konnte die Pädagogische Akademie bereits im Jahr ihrer Eröffnung, im Studienjahr 1968/69, eine Studierendenzahl von 78 vorweisen (Zimmermann, 1971, S. 100). Diese Lösung bewährte sich nicht nur für das Burgenland: "Es kann - rückschauend betrachtet - gesagt werden, dass es den Pädagogischen Akademien relativ schnell gelang, 'die realistische Wende' herbeizuführen und 'die Theorie der Erziehung und die Probleme ihrer Vermittlung' (R. Vierlinger) aufzuarbeiten und in zeitgemäßer Form in die Ausbildungsgänge zu integrieren" (Burgstaller; Leitner, 1987,S. 162).

Das Burgenland konnte auf dem Gebiet der Schulgründungen ebenfalls Erfolge aufweisen: „Zwischen 1960 und 1970 verdoppelte sich die Zahl der Hauptschulen und ihrer Schüler. Den anfänglich drei Gymnasien des Landes standen 1970 bereits zehn gegenüber, die Schülerzahl hatte sich verdreifacht. Man kann die 60er Jahre daher als die Dekade der Pflichtschulen und der allgemeinbildenden höheren Schulen bezeichnen“ (Lang, 1991 b, S. 19).

Suche und Versuche

(1970-1998)

„Die Wirklichkeit muß für die Zwecke der Schule neu vermessen werden. Der einzige Maßstab, der zur Verfügung steht, ist der der Wissenschaften ... Was für einen Menschen, so fragen wir also, 'brauchen' die Wissenschaften?“ - Theodor Wilhelm

Die Schule wurde immer mehr leistungs- und wissenschaftsorientiert. Das in der Wirtschaft und Technik vorherrschende Denken wurde auch auf den Schul- und Bildungsbereich übertragen.

Psychologische und soziologische Begriffe wie Qualifikation, Sozialisation, Integration und soziales Lernen traten an die Stelle des Bildungsbegriffs, weil man hoffte, mit dieser Terminologie den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft besser entsprechen zu können. Neue pädagogische Entwicklungen, wie die Kritische Erziehungswissenschaft, die Pädagogische Anthropologie und die Antiautoritäre Erziehung - mit neuen Begriffen wie Mündigkeit, Emanzipation und Selbstverwirklichung - konnten sich letztendlich nicht durchsetzen, führten jedoch zu einer nie dagewesenen Expansion wissenschaftlicher Pädagogik in der Schule (vgl. Berner, 1996, S. 17-37). Wenngleich damit auch Fehlentwicklungen verbunden waren, verdanken wir dieser Zeit die Durchsetzung der heute gängigen Unterrichtsformen wie Gruppenarbeit und Projektarbeit.

Berufsbildende mittlere und höhere Schulen wurden in dieser Dekade gegründet; in diesen Jahren explodierten auch die Studentenzahlen. Hatte es im Jahre 1970 nur 860 burgenländische Studenten gegeben, waren es 1980 bereits 3000 (vgl. Lang, 1991a, S 20).

Gegenwart

„Ausbildung ist ein zentrales Thema, weil durch elektronische Netzwerke und softwaregestützte Technologien die ökonomischen Barrieren zwischen den Nationen immer mehr durchbrochen werden“. - Bill Gates

Die Entwicklung des Bildungswesens der Gegenwart lässt sich am besten mit zwei Worten charakterisieren: Internationalisierung und Technisierung. Der Wechsel von der Produktionsgesellschaft zur Informationsgesellschaft, wie er bereits von Jean-Francois Lyotard beschrieben wurde (vgl. Lyotard, 1986), hat auch vor dem Burgenland nicht halt gemacht. Dieser betrifft auf der einen Seite jene Bereiche der Schulbildung, die neue Gegenstände und Inhalte vermittelt (z. B. Informatik, Schulen ans Netz), auf der anderen Seite aber insbesondere die Lehrerbildung.

Die Zeiten der Meisterlehre sind endgültig vorbei. Die heutige Lehrerbildung muss den Studierenden die Voraussetzungen für den Bildungsbereich des dritten Jahrtausends zur Verfügung stellen und darüber hinaus auch das dazu nötige methodische und didaktische Wissen mitgeben. Aus diesem Grund hat die Pädagogische Akademie Burgenland nicht nur eine Reihe von bi- und multilateralen Abkommen mit anderen europäischen Institutionen der Lehrerbildung geschlossen, sondern hier findet auch ein reger Informations- und Personenaustausch statt.

Die vorhandene technische Ausrüstung der Pädagogischen Akademie und der Schulen des Landes bieten bereits zum Großteil auf hohem Standard die Möglichkeit der Ausbildung im Bereich der Neuen Medien. Doch eines darf angesichts dieser Entwicklungen nicht übersehen werden: Das Maß der Bildung muss der Mensch bleiben. Wenn dies als Maxime bestehen bleibt, wird die zukünftige Schul- und Lehrerbildung des Burgenlandes positiv zu sehen sein.

Literatur:

Bencsics, Nikolaus: Bildungsstätte Wolfgarten. Katholische Lehrerbildungsanstalt 1957-1967. In: 30 Jahre Wolfgarten. Eisenstadt 1990.

Bencsics, Nikolaus; Skarics, Matthias: Chronik. In: 20 Jahre Wolfgarten. Eisenstadt 1980.

Berner, Hans: Über-Blicke - Ein-Blicke. Pädagogische Strömungen durch 3 Jahrzehnte. Bem 1996.

Burgenländischer allgemeiner Lehrerbund: Protokollbuch 1930-1932.

Burgstaller, Franz; Leitner, Leo: Pädagogische Markierungen. Probleme - Prozesse - Perspektiven. 25 Jahre österreichische Schulgeschichte (1962- 1987), Wien 1987.

Chronik der Stiftung PA Burgenland.

Deinhofer, Elisabeth; Horvath, Traude (Hrsg.): Grenzfall Burgenland 1921-1991. Eisenstadt 1991.

Engelbrecht, Helmut: Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs. Band 5: Von 1918 bis zur Gegenwart. Wien 1988.

Fülöp, Alexander: Geschichte der evangelischen Lehrerbildungsanstalt Oberschützen (1958-1967). In: Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Oberschützen: 150 Jahre Höhere Schulen Oberschützen. Oberschützen 1995. S. 49 -60

Jandl, Karoline: Einblicke in das Bildungsgeschehen im Burgenland von 1921 bis 1981 mit den weiterreichenden Trends. Wien - Eisenstadt 1996.

Lang, Alfred: Schule und Bildung im Burgenland 1921-1991. In: Erwachsenenbildung in Österreich 42 (1991) 6, S. 18-21, Wien, 1991a.

Lang, Alfred: Bildung, Wissenschaft und Forschung. Zwischen burgenländischer Schulschande und Europäischer Friedensuniversität. In: Deinhofer, Elisabeth; Horvath, Traude (Hrsg.): Grenzfall. Burgenland 1921- 1991. Eisenstadt 1991 b.

Lyotard, Jean-Francois: Das postmoderne Wissen. Ein Bericht. Graz 1986.

Nicki, Eva: Glaubenssache. Die evangelische und katholische Kirche des Burgenlandes seit 1921. In: Deinhofer, Elisabeth; Horvath, Traude (Hrsg.): Grenzfall. Burgenland 1921-1991. Eisenstadt 1991.

Paul, Maria: Wiederaufnahme des Unterrichts an der Volksschule Neutal im Mai 1945. In: Erziehung und Unterricht, Heft 5/95, Wien 1995.

Schneller, Franz (Hrsg.): Marianum Steinberg. Steinberg 1998.

Stangl, Reinhard: Die evangelischen Schulanstalten von Oberschützen. In: Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Oberschützen: 150 Jahre Höhere Schulen Oberschützen, S 16-3. Oberschützen 1995.

Tesar, Eva: „...Zäh wie Leder. Hart wie Kruppstahl, flink wie Windhunde!“. Schule und Erziehung im Nationalsozialismus. In: Erziehung und Unterricht, Heft 9-19/87, Wien 1987

Wolf, Martina: Evangelische Lehrerbildungsanstalt (1911-1945) In: Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Oberschützen: 150 Jahre Höhere Schulen Oberschützen, S. 39 -43, Oberschützen 1995.

Zimmermann, Edmund; Glavanits, Franz; Sattler, Anton: Das Schulwesen im Burgenland 1921-1971. Eisenstadt 1971.